

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/231

Bonn, den 3. Dezember 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 D E N H A A G 45

Ein mutiger Schritt nach vorn in Richtung Europa

2 Ein neues Rapallo? 41

Durchsichtige Verdächtigungen der deutschen Ostpolitik

3 - 4 "Mehr sein als scheinen" 60

Zum 65. Geburtstag von Fritz Heine

5 - 6 Basel - der gespaltene Kanton 60

Wiedervereinigung nach 130 Jahren?

Von H. Battaglia, Bern

A N H A N G

Republikaner der ersten Stunde 50

Zum 100. Geburtstag von Otto Landsberg

Von Dr. Herbert Hupka, MdB

D E N H A A G  
-----

Ein mutiger Schritt nach vorn in Richtung Europa

sp - Die Pessimisten sind im Unrecht geblieben. Sie hatten vorausgesagt, das europäische Gipfeltreffen in Den Haag werde ausgehen wie das Hornberger Schießen. Man werde auf der Stelle treten, aber doch so tun, als hätte man die Krise der EWG überwunden.

Tatsache ist, daß die Tagungsteilnehmer für die Vollendung, Festigung und Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine gemeinsame Plattform gefunden haben, von der ausgehend jetzt europäische Politik im besten Sinne des Wortes gemacht werden kann.

Das Konferenzergebnis ist bekannt. Sein Wert beruht nicht nur in den Absichtserklärungen des Kommuniquées, sondern auch in dem Geist, den die in Den Haag erzielte Grundsatzvereinbarung atmet. Alle Regierungschefs waren sich nach dem ersten Konferenztag darüber einig, daß der Verzicht auf Fortschritte in der europäischen Politik eine tiefe Krise in den Beziehungen der westeuropäischen Länder zueinander ausgelöst hätte, diesmal aber nicht nur eine psychologische, sondern auch eine politische Krise. Deshalb konnte die Einigungsformel gefunden werden. Sie geht von der Erkenntnis aus, daß es für das freie Europa keine Alternative gibt.

Beim genauen Studium des Abschlußkommuniquées von Den Haag spürt man die Handschrift der europäischen Realisten. Es werden Daten gesetzt, ökonomische und politische Positionen festgelegt sowie ein Zustand der Europäischen Gemeinschaften angesteuert, der es in absehbarer Zeit erlauben könnte, von einer tatsächlichen Überwindung des nationalstaatlichen Denkens zu sprechen. Und ebenso wichtig ist dies: Die EWG hat die Tür aufgestoßen, sie will kein Exklusivclub der Sechs bleiben und ist auch bereit, als geeinte politische Kraft - in Zukunft vereint mit den beitrittswilligen Staaten - ihre Stimme in der internationalen Politik zur Geltung zu bringen.

Nichts wäre nun törichter, als davon zu sprechen, diese oder jene Richtung hätte sich in Den Haag durchgesetzt. Die unermüdliche und sorgfältige diplomatische Vorbereitung dieser Konferenz durch die Außenminister und Regierungschefs aller beteiligter Staaten hat dazu geführt, daß Mißverständnisse und die gelegentlich einseitige Betrachtungsweise eines bestimmten Problems ausgeräumt werden konnten. Außerdem: Die auf der Grundlage des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages bestehende Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich hat sich einmal mehr bewährt. Sie führte bei allen Beteiligten zu der Erkenntnis, daß es ohne ein gutes deutsch-französisches Verhältnis keine europäische Politik geben kann.

In diesem Sinne gebührt dem französischen Staatspräsidenten Pompidou und dem deutschen Bundeskanzler Willy Brandt gleichermaßen der Dank aller jener, die Europa wollen und für die Europa nicht nur die Addition ökonomischer Daten ist.

+ + +

### Ein neues Rapallo? -----

#### Durchsichtige Verdächtigungen der deutschen Ostpolitik

sp - Einige CDU/CSU-Politiker geben sich gelegentlich sehr besorgt über die von der Regierung Brandt/Scheel verfolgte Ostpolitik. Sie vermuten in dieser Politik einen Drang zum außenpolitischen Abenteuerhum. Sie fühlen sich in der Rolle eines Mannes, der mit erhobenem Zeigefinger und von der Sorge um das deutsche Volk bewegt, glaubt, von einem Kurs abraten zu müssen, den er für verhängnisvoll hält. Dabei benützen diese Politiker schwer zu kontrollierende ausländische Quellen. Sie stellen ihre Sorgen als Sorgen unserer westlichen Verbündeten dar. Natürlich taucht in diesem Zusammenhang auch das Gespenst von Rapallo auf, jenes zwischen dem damaligen deutschen Außenminister Rathenau mit dem sowjetrussischen Außenminister Tschitscherin getroffenen Vertrages, den die Nachwelt als einen deutsch-russischen Alleingang und als eine Herausforderung der westlichen Welt bewertete. Nichts ist heute unzeitgemäßer, als die Berufung auf Rapallo. Die Geschichte wiederholt sich nicht. Einen deutsch-russischen Alleingang, damals erklärlich aus der besonderen Lage nach dem Ersten Weltkrieg, wird und kann es nicht wieder geben.

Die Ostpolitik der neuen Bundesregierung ist gar nicht so neu und so revolutionär wie mancher ihrer Kritiker ihr den Anschein zu geben versucht. Diese Ostpolitik basiert auf der Friedensnote der Regierung E r h a r d (März 1966) und auf den darauffolgenden Erklärungen der Regierung der Großen Koalition. Als Zentralthema aller künftigen Verhandlungen mit unseren östlichen Nachbarn bot sich schon damals das Angebot eines Gewaltverzichtes an. Dieses Thema nun mit lebendigem Inhalt zu erfüllen, hat sich die jetzige Bundesregierung vorgenommen; sie wird dabei es an Geduld und Beharrlichkeit nicht fehlen lassen. Dies ist der einzige Weg in einer von Furcht und Schrecken erfüllten Welt, unserem geteilten Volk ein fürchterliches Schicksal zu ersparen.

Den Verdächtigungen, denen die Ostpolitik der von Brandt geführten Bundesregierung ausgesetzt ist, fehlt jede Grundlage. Gerade unsere westlichen Verbündeten haben aus vielen Gründen diese Ostpolitik begrüßt, weil sie der Entspannung dient und damit der Festigung des Friedens in Europa. Diese Ostpolitik wird nicht hinter verschlossenen Türen "gemacht" und sie hat schon garnichts mit Geheimdiplomatie zu tun. Sie ist auch gegen niemanden gerichtet und sie berührt auch nicht, wie es manche CDU/CSU-Politiker behaupten, das Vertrauensverhältnis zu unseren westlichen Verbündeten. Im Gegenteil: Sie stärkt die Position der Bundesrepublik als ein den Frieden fördernder Faktor.

+ + +

"Mehr sein als scheinen"

Zum 65. Geburtstag von Fritz Heine

sp - Am 6. Dezember wird Fritz H e i n e, Direktor der Konzentration GmbH, 65 Jahre alt. In Hannover geboren, gehört Fritz Heine seit seiner frühesten Jugend der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an. Über die Jugendbewegung kam er schon sehr jung als einer der engsten Mitarbeiter von Erich Ollenhauer und Alfred Nau zum Parteivorstand der SPD in Berlin, wo er bald Leiter der zentralen Werbeabteilung wurde. Als 1933 die Nacht über Deutschland hereinbrach, gehörte Fritz Heine zu jenen Männern, die unter ständiger Lebensgefahr die Verbindung zwischen dem nach Prag exiliertem Parteivorstand und den im Inland illegal arbeitenden Gruppen der Partei aufrecht erhielt. Nach dem Überfall der Tschechoslowakei durch Hitler ging Fritz Heine mit dem Parteivorstand nach Paris und später nach London. Frankreich verließ er erst 1940, zu einer Zeit also, da die Gestapo bereits ihre Netze über das besetzte Land ausgespannt hatte. Viele in Bedrängnis geratenene sozialdemokratische Emigranten verdanken Fritz Heine ihr Leben. Er besorgte Pässe, organisierte Fluchtwege und baute, wiederum unter ständiger Lebensgefahr, ein weitverzweigtes Netz von Kontaktstellen in Südfrankreich auf, wo, in Zusammenarbeit mit anderen Hilfsorganisationen, Verfolgten und Bedrängten Hilfe zuteil werden konnte.

In London beteiligte sich Fritz Heine an der weltweiten Aufklärungsarbeit über das Wirken des deutschen Widerstandes, führte, gemeinsam mit dem damaligen Parteivorsitzenden Fritz Vogel und Erich Ollenhauer, widerstrebende Gruppen der Emigration zu neuer Einheit zusammen und kehrte schließlich nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur mit Erich Ollenhauer nach Deutschland zurück,

wo inzwischen Dr. Kurt Schumacher in Hannover mit der Arbeit zur Neuorganisation der SPD begonnen hatte.

Als der Parteivorstand 1959 nach Bonn übersiedelte, gehörte Fritz Heine bereits zu seinen Geschäftsführenden Mitgliedern, betraut mit dem Informations- und Pressewesen der Partei und der Pflege internationaler Beziehungen sowie mit einer Reihe von organisatorischen Aufgaben. Nach dem Parteitag 1957 in Stuttgart schied Fritz Heine aus dem Parteivorstand aus und wurde zum Direktor der Konzentration GmbH, der Vereinigung von sozialdemokratischen Verlegern und SPD-eigenen Druckereien, gewählt.

Diese nüchtern wirkenden Hinweise auf den Lebenslauf von Fritz Heine sagen nur wenig über die Persönlichkeit dieses Mannes aus. Auf ihn trifft zu, was man nur von sehr wenigen Menschen sagen kann: "Mehr sein als scheinen".

Es ist nicht nur sein Fleiß, seine politische Umsicht und Zuverlässigkeit, die den Lebensweg von Fritz Heine kennzeichnen; bedeutsamer noch ist sein Wirken in der Stille, sein bis zur äußersten Selbstverleugnung immer wieder spürbarer Einsatzwille, wenn es um eine gute und gerechte Sache geht. Ein Merkmal dieses seines Wesens ist die Tatsache, daß Fritz Heine sich niemals vorgedrängt hat und niemals selbst Ehren anstrebte, die er anderen immer reichlich vermittelt hat. Zurückhaltung und Diskretion zeichnen Fritz Heine aus. Absolute Zuverlässigkeit gegenüber Freunden, aber gleichzeitig auch Offenheit bei der Beurteilung von Vorgängen, zu denen man sein Urteil erbittet.

Wenn der jetzt 65jährige Fritz Heine, der unter anderem auch Gesellschafter der SPD-Pressedienst-GmbH ist, auf sein bisheriges Wirken im Sinne unserer Gemeinschaft zurückblickt, kann er gewiß sein, daß ihm viele Freunde dankbar sind; dankbar für seine Leistungen und seine Freundschaft.

Basel - der gespaltene Kanton

Wiedervereinigung nach 130 Jahren?

Von H. Battaglia, Bern

1833 trennte die eidgenössische Tagsatzung die beiden verfeindeten Brüder in die Kantone Basel-Stadt und Basel-Land. Die Landschaftler hatten sich nicht ohne Grund gegen die Herren aus der Stadt aufgelehnt, wobei man sich zum Teil recht unsanft in die Haare geriet. Nach einigen Jahren, so glaubten die Tagsatzungsherren - das waren die Vertreter aus den Kantonen, welche bei Bedarf zusammentraten und so das eidgenössische Parlament bildeten - würden sich die Gemüter soweit beruhigt haben, daß sich die Halbkantone wieder vereinigen könnten. Doch es sollte viel länger dauern: Am kommenden 7. Dezember haben sich die immer noch getrennten Städter und Landschaftler darüber auszusprechen, ob es in Zukunft nur noch einen Kanton Basel geben soll. Selbst bei einer positiven Beantwortung dieser Frage ist die Wiedervereinigung aber immer noch nicht perfekt. Dann wird der Bund noch darüber zu befinden haben.

Während der ersten Jahrzehnte der Trennung gab es höchstens ganz leise Stimmen, welche sich für einen Einheitskanton aussprachen. Das änderte sich erst in den 30er Jahren dieses Jahrhunderts, als vor allem Basel-Land unter der Wirtschaftskrise sehr zu leiden hatte. Deshalb blieb der Halbkanton auf zahlreichen Gebieten, insbesondere im Schul- und Spitalwesen, daher auch in der Sozialpolitik, weit hinter der Stadt zurück. Ein wiedervereinigter Kanton schien das beste Mittel zu sein, dieser Benachteiligung ein Ende zu setzen und die für beide Seiten recht schweren Lasten erträglicher zu machen.

In jener Zeit hatten sich sowohl die Städter als auch die Landschaftler grundsätzlich für die Wiedervereinigung ausgesprochen. Doch es dauerte Jahrzehnte, bis die höchst komplizierten Vorbereitungen soweit gediehen sind, daß die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der beiden Halbkantone nun definitiv und konkret Stellung nehmen können.

In der Zwischenzeit hat sich aber einiges geändert. Ins Gewicht fällt vor allem, daß Basel-Land dank der guten Konjunktur, einer fortschrittlicheren Politik und dem Druck der Wiedervereinigungsbewegung seinen Rückstand zu einem beachtlichen Teil aufgeholt hat. Damit ist aber auch sein Interesse an der Wiedervereinigung gesunken. Die bürgerlichen Parteien der Landschaft, mit Ausnahme des Landesrings, empfehlen denn auch Ablehnung der Wiedervereinigung.

Noch vor einem Jahrzehnt stand die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei mit dieser Auffassung allein da. Selbst in der Stadt, deren Nähte schon lange geplatzt sind und die wirtschaftlich-sozial weit über ihre politischen Grenzen hinaus gewachsen ist, kann nicht mehr von einer einhelligen Zustimmung gesprochen werden.

In einem vor allem von den Gegnern der Wiedervereinigung ganz massiv geführten Wahlkampf weisen die Befürworter darauf hin, daß die Aufhebung der Trennung einen rationelleren Staatsbetrieb, bessere Lösungen der immer mehr ineinander verflochtenen Probleme sowie eine klare Kompetenzordnung ermögliche. Ein vereinigter Kanton sei wirtschaftlich bedeutend stärker, was ihm nicht nur größeres Gewicht in der Eidgenossenschaft verleihe, sondern auch eine fortschrittlichere Sozialpolitik gestatte. Auf der anderen Seite wird argumentiert, daß die letzten Jahre gezeigt haben, daß "es auch zwei Halbkantone schaffen können". Die Wiedervereinigung würde bestehende Strukturen zerstören und eine neue "Landminderheit" schaffen. Besser als die Wiedervereinigung sei eine enge Zusammenarbeit der beiden selbständigen Halbkantone.

Die Befürworter warnen davor, die Erfolge der letzten Zeit zu überwerten. Sie seien unter anderem der einmalig guten Wirtschaftslage und im Fall Basel-Land den außerordentlich hohen Grundsteuergewinnsteuern zu verdanken. Beim Aufholen des Rückstandes habe sich Basel-Land zudem finanziell eindeutig übernommen, was sich in nächster Zukunft rächen werde. Selbst wenn die Wiedervereinigung jetzt abgelehnt werde - der Ausgang ist völlig offen -, so werde sie sich früher oder später eben doch aufdrängen.

Republikaner der ersten Stunde

Zum 100. Geburtstag von Otto Landsberg

Von Dr. Herbert Hupka, MdB

Im Gegensatz zu Friedrich Ebert und Philipp Scheidemann ist der dritte, aus den Reihen der Mehrheitssozialdemokraten kommende Volksbeauftragte Otto Landsberg heute kaum noch bekannt. Mit Scheidemann teilte er das Schicksal, daß er nach einem halben Jahr Mitregierens an erster Stelle - zuerst als Volksbeauftragter und anschließend als erster Reichsjustizminister der Weimarer Republik - kein Amt mehr in einer der folgenden Reichsregierungen eingenommen hat. Dem Deutschen Reichstag gehörte er von 1912 bis 1933 mit einer dreijährigen Unterbrechung an.

In der oberschlesischen Bergarbeiterstadt Rybnik, die 1922 nach der Teilung Oberschlesiens zu Polen geschlagen worden ist, wurde Otto Landsberg am 4. Dezember 1869 als Sohn des Kreisarztes geboren, doch die entscheidenden Schuljahre verbrachte er in Ostrowo im Posenschen. Mit 21 Jahren legte er in Berlin sein juristisches Staatsexamen ab und trat in die Sozialdemokratische Partei ein. Das war 1890. Die nächste Station hieß Magdeburg, hier ließ er sich als Rechtsanwalt nieder und wurde Stadtverordneter. Mit einem Stimmenanteil von 50 Prozent zog er 1912 in Magdeburg zum ersten Mal in den Deutschen Reichstag. Seine juristischen Kenntnisse waren der sozialdemokratischen Fraktion hoch willkommen, sein eigenwilliges Auftreten ganz im Sinne des Revisionismus oder besser gesagt Pragmatismus bereitete ihm und der Fraktion bisweilen Kummer. So erregte es Aufsehen und Unmut, als er entgegen dem ungeschriebenen Gesetz beim obligaten Kaiserhoch nicht nur nicht den Saal verließ, sondern sich sogar noch vom Platze erhob.

Landsbergs "messerscharfe Logik hat mich immer wieder von neuem mit Bewunderung erfüllt". Dieses Urteil Philipp Scheidemanns über seinen Kollegen wird auch von Eduard David bestätigt, der ihn "einen sehr begabten Juristen und Sprecher" nennt, und mag Grund genug dafür gewesen sein, daß sich Ebert von der ersten Stunde der Republik an der Mitarbeit und des juristischen Sachverständnisses vergewisserte. Fünf Jahre später übertrug er ihm, als er seine Ehre gegen die Hetze eines Rudels von Verleumdern verteidigen mußte, die juristische Wahrnehmung seiner Rechte als Nebenkläger.

Im Juni 1919 gehörte Landsberg zusammen mit Scheidemann zu den schärfsten Gegnern einer Annahme des Versailler Vertrages und erklärte sich mit ihm solidarisch, als Scheidemann als Chef der Regierung und schließlich mit dem gesamten Kabinett zurücktrat. Die sogenannten nationalen Kräfte haben dies den beiden wahrhaft national handelnden Männern der Sozialdemokratie nie gedankt. Beide gingen in die Emigration, um Hitlers Häschern zu entfliehen, Scheidemann nach Dänemark, Landsberg nach Holland. - Am 9. Dezember 1957, 88 Jahre alt, ist Otto Landsberg im holländischen Gartenstädtchen Baarn gestorben. Es mag die Dankeschuld gegenüber den Freunden in der Fremde gewesen sein, denn diese verbargen den als deutschen Sozialdemokraten und Juden doppelt gefährdeten Gast, weshalb er nach Kriegsende nicht mehr nach Deutschland zurückgekehrt ist und auch jeden Versuch unterließ, sich in die Politik noch einmal einzuschalten. Aus der Hektik des Novembers 1918 ist uns ein Wort Landsbergs überliefert, das sich heute wie die Selbstcharakterisierung dieses Republikaners der ersten Stunde liest: "Wir denken nicht daran, die Republik mit Gewalt einzuführen, weil wir zwar Republikaner, aber auch Demokraten sind".